

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2016

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **144 (2017)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2016

JÜRIG BÜHLER, HERISAU

Das Jahr 2016 war das erste Jahr mit den neuen Strukturen der kantonalen Verwaltung, bzw. mit fünf statt wie bisher sieben Departementen. Die Reorganisation hat ihre Bewährungsprobe bestanden, und der Regierungsrat zog eine positive Bilanz. Dies auch dank den Mitarbeitenden, welche die Reorganisation mittrugen. Einhergehend mit der Neuorganisation fand im Kader der kantonalen Verwaltung auch ein Generationenwechsel statt. Nicht weniger als acht der 30 Kaderpositionen auf Amtsebene mussten neu besetzt werden. Hinzu kamen die Wahl eines neuen Direktors der Assekuranz AR und die Besetzung der neuen Verwaltungskommission für die Ausgleichskasse AR. – Mit der Reorganisation kombiniert war die Aufgabenüberprüfung, welche Einsparungen im Kantonshaushalt zeitigen sollte. Einsparungen wurden zwar getätigt, doch schloss die Staatsrechnung 2016 dennoch deutlich schlechter ab als budgetiert. Verantwortlich dafür waren insbesondere tiefere Einnahmen in verschiedenen Bereichen sowie höhere Ausgaben bei der Spitalfinanzierung und der individuellen Prämienverbilligung. – Das ganze Jahr über beherrschten die Defizite im Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR), die Massnahmen des Verwaltungsrates sowie die Zukunft des Spitalstandorts Heiden die politische Diskussion. Im November bewilligte der Kantonsrat im Rahmen des Voranschlags 2017 eine Erhöhung der Beiträge an den SVAR, und der Regierungsrat verabschiedete die Eignerstrategie für den Spitalverbund. – Mit seinem grundsätzlichen Ja zur Totalrevision der Kantonsverfassung tat der Kantonsrat einen ersten Schritt für Reformen in zwei Bereichen: Zum einen geht es um die Gemeindestrukturen und zum anderen um den Bereich der politischen Rechte.

Anlässlich der Archivnacht im November ist der Ausserrhoder Staatsarchivar Peter Witschi

in die Pension verabschiedet worden (Abb. 1). Er war seit 1986 für das Staatsarchiv tätig und hat in dieser Funktion verschiedene Publikationen herausgegeben und Projekte begleitet. Der Neubau des Staatsarchivs und das neue kantonale Archivgesetz waren Meilensteine während seiner drei Jahrzehnte als Staatsarchivar. – In der zweiten Jahreshälfte kündigte die freisinnige Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl, Teufen, ihren Rücktritt auf Ende des Amtsjahres 2016/17 an (Abb. 2). Mit Dölf Biasotto, FDP, Urnäsch, Inge Schmid, SVP, Bühler, und dem parteiunabhängigen Peter Gut, Walzenhausen, meldeten zwei Männer und eine Frau ihr Interesse am freiwerdenden Sitz in der Regierung an.

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene hatten die Stimmberechtigten 2016 an vier Wochenenden über insgesamt 13 eidgenössische Sachvorlagen, darunter neun Volksinitiativen, zu entscheiden. Lediglich bei einer Vorlage (Änderung des Gesetzes über die Fortpflanzungsmedizin) deckte sich der Abstimmungsausgang in Appenzell Ausserrhoden nicht mit dem gesamtschweizerischen Ergebnis.

28. Februar	Ja	Nein
Initiative für Ehe und Familie – gegen Heiratsstrafe	12 440	12 689
Initiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer	11 453	14 176
Initiative keine Spekulation mit Nahrungsmitteln	9 512	15 247
Sanierung Gotthard-Strassentunnel (2. Tunnelröhre)	13 021	12 421

Wie in Appenzell Ausserrhoden wurden auch gesamtschweizerisch alle drei Initiativen abgelehnt, am knappsten die Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Prozentual am grössten

war der Stimmenunterschied bei der Abstimmung über die zweite Gotthardröhre: In Ausserrhoden sagten 51,2 Prozent Ja, gesamtschweizerisch waren es mit 57 Prozent deutlich mehr.

5. Juni	Ja	Nein
Initiative für bedingungsloses Grundeinkommen	3 905	14 905
Initiative für faire Verkehrsfinanzierung	5 446	13 155
Initiative pro Service Public	6 403	12 075
Änderung des Fortpflanzungsmedizin-gesetzes	9 052	9 230
Änderung des Asylgesetzes	11 901	6 600

Bei vier der fünf eidgenössischen Vorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang mit dem gesamtschweizerischen Ergebnis. Einzig bei der Änderung des Gesetzes über die Fortpflanzungsmedizin unterschied sich das Ausserrhoder Ergebnis vom Gesamtergebnis, sagten doch nur 49,5 Prozent Ja, während die Vorlage gesamtschweizerisch mit einem Ja-Anteil von 62,4 Prozent angenommen wurde.

25. September	Ja	Nein
Initiative für eine grüne Wirtschaft	5 379	11 009
Initiative AHV plus für eine starke AHV	5 611	10 909
Bundesgesetz über den Nachrichtendienst	9 941	6 282

Wie schweizweit wurde auch in Ausserrhoden das Bundesgesetz über den Nachrichtendienst mit deutlichem Mehr gutgeheissen. Auch bei den beiden Initiativen deckte sich das Abstimmungsergebnis in Ausserrhoden mit jenem auf gesamtschweizerischer Ebene.

27. November	Ja	Nein
Initiative für geordneten Ausstieg aus der Atomenergie	7 374	9 950

Die Initiative für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie wurde auch auf gesamtschweizerischer Ebene mit einem Ja-Anteil von 45,8 Prozent (Ausserrhoden 42 Prozent) abgelehnt.

Kantonsrat

Der Kantonsrat (Abb. 3) traf sich 2016 zu sieben Sitzungen, in denen er sich mit 63 Geschäften befasste. Gesetzgebungsvorhaben betrafen den Gesundheitsbereich; so eine Revision des Einführungsgesetzes zum KVG betreffend die individuelle Prämienverbilligung, die Schaffung eines Gesetzes über die Pflegefinanzierung oder eine Teilrevision des Gesundheitsgesetzes. Auch wurde ein totalrevidiertes Tourismusförderungsgesetz verabschiedet. Ein Paket an Gesetzes- und Verordnungsänderungen umfasste die grosse Revision des kantonalen Personalrechts. Gesundheitspolitische Themen, insbesondere die Situation im Spitalverbund von Appenzell Ausserrhoden, prägten die Diskussionen über eingereichte Vorstösse. In erster Lesung sagte der Kantonsrat im Grundsatz Ja zur Totalrevision der Kantonsverfassung.

An seiner Sitzung vom 22. Februar hat der Kantonsrat das Gesetz über die Pflegefinanzierung in erster Lesung behandelt und damit die bisherige Verordnung auf eine rechtmässige Basis gestellt. Das neue Gesetz umfasst lediglich sieben Artikel, weil verschiedene Aspekte der Pflegefinanzierung bereits durch das Bundesrecht geregelt sind. Kurz zu reden gab die Frage, welchen Beitrag eine versicherte Person an die ambulanten Pflegekosten leisten muss. Der Rat beliess diesen Satz bei zehn Prozent des vom Bund festgesetzten Pflegebeitrags der Krankenversicherer. Unbestritten war der Grundsatz «ambulant vor stationär». Alle Fraktionen begrüsst den vorliegenden, schlanken Gesetzesentwurf. Festgehalten wurde am Herkunftsprinzip. Dieses besagt, dass die Gemeinde am ursprünglichen Wohnsitz der versicherten Person für die ungedeckten Kosten aufkommen muss. Weil in Ausserrhoder Pflegeheimen viele ausserkantonale Bewohner leben, hätte der Kanton ein Problem, falls dieses Prinzip nicht mehr gelten würde. – Der Regierungsrat soll bei den individuellen Prämienverbilligungen mehr Handlungsspielraum erhalten. Dies postuliert das revidierte Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die

Krankenversicherung, dem der Kantonsrat in erster Lesung zugestimmt hat. In der Detailberatung wurde ein Antrag auf eine Mindestquote der kantonalen Beiträge verworfen. Mit dem neuen Gesetz wird eine gerechtere Verteilung der Prämienverbilligungsbeiträge angestrebt.

Der Kantonsrat hat an der Sitzung vom 21. März in erster Lesung etwas überraschend einem zehntägigen Vaterschaftsurlaub zugestimmt. Dieser regierungsrätliche Antrag war denn auch der umstrittenste Punkt bei der Teilrevision des Personalgesetzes. Sowohl im Vorfeld als auch während der Debatte deutete wenig auf einen Erfolg der Regierung hin. Aus Wirtschaftskreisen gab es viel Kritik, und es war die Rede von einem falschen Signal und einer zu grosszügigen Regelung, die das Gewerbe unter Druck setze. Während die SVP den Vorschlag ablehnte, votierte die FDP für fünf bzw. drei Tage Vaterschaftsurlaub. Finanzdirektor Köbi Frei wehrte sich für den regierungsrätlichen Vorschlag von zehn Tagen. Zu den Befürwortern gehörten auch die SP und die CVP. Schliesslich setzte sich der Regierungsantrag (zehn Tage) knapp mit 32 zu 31 Stimmen gegen einen Vaterschaftsurlaub von drei Tagen durch. In der Schlussabstimmung wurde die Teilrevision des Personalgesetzes in erster Lesung mit 51 Ja gegen 11 Nein verabschiedet. – Unbestritten blieb im Rat ein Nachtragskredit von 338 000 Franken für eine bessere Ausrüstung der Interventionseinheit Säntis der Kantonspolizei. Mit einer modernisierten Ausrüstung und einem neuen Einsatzfahrzeug will man gegen Terroristen gewappnet sein, die Kriegswaffen und Sprengstoff einsetzen.

Die Diskussionen rund um die Probleme des Spitalverbands Appenzell Ausserrhoden (SVAR) erreichten in der Sitzung vom 2. Mai auch das Kantonsparlament. Der SVAR verzeichnete für das Jahr 2015 ein Defizit über 9,7 Mio. Franken, und das Eigenkapital des SVAR sank von rund 60 auf 50 Mio. Franken. Diverse Kantonsräte verlangten vom Regierungsrat eine Strategie, wie der Spitalverbund künftig finanziell gesund aufgestellt werden könnte. Landammann und Gesundheitsdirektor Mat-

thias Weishaupt (Abb. 4) betonte, dass nicht die Regierung, sondern der Verwaltungsrat die Strategie ausarbeiten müsse. Der Regierungsrat wolle aber noch vor dem Voranschlag 2017 eine Eignerstrategie präsentieren. Von bürgerlicher Seite wurde die Frage gestellt, ob es sich der Kanton als Eigentümer des SVAR künftig noch leisten könne, zwei Spitäler (Herisau und Heiden) mit jeweils dem gesamten Angebot zu betreiben. Weishaupt liess durchblicken, dass die schlechten Zahlen nicht nur die Regierung, sondern auch den Verwaltungsrat des SVAR überrascht hätten. – Die Staatsrechnung 2015 mit einem Ertragsüberschuss von rund 12 Mio. Franken wurde vom Rat mit 59 zu 2 Stimmen genehmigt. Während das Gesamtergebnis von mehreren Votanten gelobt und der Anstieg der Steuereinnahmen mit Freude zur Kenntnis genommen wurden, gab es teils harte Kritik an den steigenden Gesundheitskosten; insbesondere bei der Spitalfinanzierung und der Prämienverbilligung. – Der Kantonsrat nahm im Weiteren Kenntnis vom Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und vom Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission (StWK). Verschiedene Rednerinnen und Redner erwähnten dabei positiv, dass die Reorganisation der Verwaltung gut abgewickelt worden sei, Regierung und Mitarbeitende hätten respektvolle Arbeit geleistet. – Ohne erwähnenswerte Diskussionen zur Kenntnis genommen hat der Rat schliesslich auch die Berichte der Finanzkontrolle, der Justizkommission, der Assekuranz AR und der Pensionskasse AR.

Neben der Wahl des parteiunabhängigen Peter Gut aus Walzenhausen zum neuen Kantonsratspräsidenten (Abb. 5) prägte die Diskussion über ein neues Tourismusgesetz die Kantonsratsdebatte am 13. Juni. Peter Gut trat als Kantonsratspräsident die Nachfolge von Ursula Rütsche, CVP, Herisau, an. Weiter nahmen im Büro Einsitz: Dölf Biasotto, FDP, Urnäsch und Florian Hunziker, SVP, Herisau. – Kein Gehör fand in der Debatte um das neue Tourismusgesetz die vom Gewerbeverband und Gastro Appenzellerland AR im Vorfeld geforderte Abschaffung der Tourismusabgabe. Stattdessen

sollten die Steuerzahlerinnen und -zahler die Tourismuswerbung finanzieren. Einige Parlamentarier kritisierten den späten Zeitpunkt der Forderung der Verbände, dies sei schlechter politischer Stil. Susanne Lutz, FDP, Präsidentin der Parlamentarischen Kommission, sprach sich für die Abgabe aus. Tourismuswerbung sei nicht primär eine öffentliche Aufgabe. Der Präsident der Finanzkommission, Edgar Bischof, SVP, wies darauf hin, dass dem Kanton bei einer Abschaffung Einnahmen von 475 000 Franken entgingen. Unterstützung erhielten Gastronomen und Gewerbe von der SVP-Fraktion, diese forderte eine Streichung der Tourismusabgabe. Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl reagierte überrascht auf die Kritik an der Tourismusabgabe. Gastro Appenzellerland AR habe den Antrag nicht fristgerecht eingereicht. Zudem habe der Verband noch vor der ersten Lesung eine Ausweitung der Abgabepflicht auf alle Verkaufsgeschäfte gefordert. Nachdem die Regierungsrätin gewarnt hatte, dass eine Kürzung der Gelder in eine Sackgasse bei der Tourismusförderung führen würde, wurde der von der SVP eingebrachte Antrag abgelehnt. Keinen Erfolg hatte die Parlamentarische Kommission, welche eine Ausweitung der Gebührenpflicht auf Rehabilitationsbetriebe vorschlug. Dies sei rechtlich problematisch und sachlich nicht gerechtfertigt, kritisierte Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl. Dank eines Stichentscheids des Ratspräsidenten war die Finanzkommission dann jedoch mit ihrem zweiten Antrag erfolgreich: In Zukunft muss der Regierungsrat dem Kantonsrat die Leistungsvereinbarungen mit Tourismusorganisationen zur Genehmigung unterbreiten. In der Schlussabstimmung verabschiedete der Rat das Gesetz in zweiter Lesung mit 49 zu 13 Stimmen bei zwei Enthaltungen. – Mit klarem Mehr hat der Rat das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung in zweiter Lesung angenommen. Ein Antrag der SP für eine fixe Quote des Kantonsanteils an der Prämienverbilligung blieb erfolglos – Ebenfalls in zweiter Lesung verabschiedete der Rat das Gesetz über die Pflegefinanzierung, welches

die bisherige Verordnung ersetzt. Abgelehnt wurde ein von der Spitex initiiertes Antrag der Parlamentarischen Kommission zur Änderung der Beitragshöhe, die eine versicherte Person an die von den Sozialversicherungen nicht gedeckten Kosten bei ambulant erbrachten Pflegeleistungen zu leisten hat. – Im Rahmen einer Mini-Teilrevision des Baugesetzes verankerte der Kantonsrat die beiden Projekte «Arealentwicklung» und «Hausanalyse» als feste Instrumente im Gesetz.

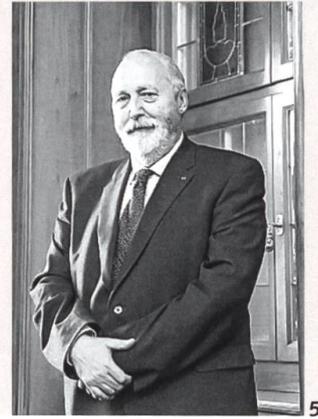
Gemäss einem Grundsatzbeschluss an der Kantonsratssitzung vom 26. *September* soll die Kantonsverfassung von Appenzell Ausserrhoden aus dem Jahre 1995 überarbeitet werden. Eine Anpassung sei zwingend nötig, hiess es im Verlaufe der Debatte. Vor allem die beiden Verfassungsartikel zu den Gemeindestrukturen und den politischen Rechten seien davon betroffen. Für SVP, SP, FDP und Parteiunabhängige ist klar, dass der Weg über eine Totalrevision führen muss. Von Seiten der CVP wurde dieser Weg hingegen in Frage gestellt. Letztlich hiess das Parlament den Antrag der Regierung mit 46 zu 16 Stimmen gut. Die Vorlage ging zurück an den Regierungsrat. Dieser hat den Auftrag, sie zu verfeinern, um sie dem Rat nochmals zur Diskussion vorzulegen. Entschieden wird an der Urne, ob es zu einer Totalrevision kommen wird. – Der Kantonsrat will eine Revision des Spitalverbundgesetzes: Auslöser der Debatte war eine Motion der Finanzkommission, welche eine Überprüfung der gesetzlichen Bestimmungen verlangte. Die Motion soll Klarheit darüber schaffen, ob die heutigen Betriebsstandorte Herisau und Heiden sowie das Psychiatrische Zentrum Appenzell Ausserrhoden in Herisau weiterhin im Gesetz verankert bleiben sollen und ob auch in Zukunft ein Regierungsmitglied im Verwaltungsrat des Spitalverbundes Einsitz haben muss. Geprüft werden soll auch, ob die drei Betriebe weiterhin unter einem Dach zu führen sind. Es gehe darum, dem Spitalverbund zusätzlichen unternehmerischen Freiraum zu verschaffen, sagte Edgar Bischof, Präsident der Finanzkommission. Mit Ausnahme der SP sprachen sich alle Fraktionen



für die Motion aus. Auch Gesundheitsdirektor Matthias Weishaupt stützte namens der Regierung die Motion, zumal die Exekutive im Zuge der zu erarbeitenden Eignerstrategie den Revisionsbedarf des Spitalverbundgesetzes abkläre. Die Motion wurde mit 46 zu 17 Stimmen erheblich erklärt. Im Verlaufe der Debatte wurde von allen Seiten Kritik am Spitalverbund bzw. an der Haltung der Regierung laut. Diese Kritik wurde von Matthias Weishaupt zurückgewiesen. Das Klima zwischen der Regierung und dem Verwaltungsrat des Spitalverbunds sei von Offenheit geprägt. – In zweiter Lesung verabschiedete der Kantonsrat das revidierte Personalgesetz mit 49 zu 9 Stimmen. In Zukunft erhalten Kantonsangestellte fünf Tage Vaterschaftsurlaub (Abb. 6). Mit dieser Entscheidung hat der Rat seinen Beschluss aus der ersten Lesung «korrigiert». Damals votierte eine knappe Mehrheit für zehn Tage Vaterschaftsurlaub. Das revidierte Personalgesetz gibt dem Spitalverbund und der AR Informatik AG mehr Spielraum, um am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu sein.

An seiner Sitzung vom 31. Oktober stimmte der Kantonsrat einer Totalrevision des Stipendiengesetzes mit 52 Ja zu 8 Nein zu. Appenzell Ausserrhoden ist seit 2013 Mitglied des Stipendien-Konkordats. Bei der Festsetzung der Höchstansätze der Stipendien und Darlehen orientierte sich der Regierungsrat an diesem Konkordat. Für Stipendien gilt neu eine Alterslimite von 40 Jahren. Ältere Personen sollen jedoch ein Studiendarlehen von maximal 16 000 Franken pro Jahr beantragen können. Die Höchstsätze für Stipendien wurden angehoben

auf 12 000 Franken pro Jahr für die Sekundarstufe II und auf 16 000 Franken für die Tertiärstufe (Ausbildungen an Universitäten und Hochschulen und in der Berufsbildung). Diese Erhöhungen führen zu jährlichen Mehrkosten von 400 000 Franken. Der Präsident der vorbereitenden Parlamentarischen Kommission, Heinz Mauch, pu, Stein, bezeichnete diese Ansätze als angemessen. – An der Sitzung standen auch zwei finanzpolitische Vorlagen auf der Traktandenliste. Der Kantonsrat nahm Kenntnis vom Bericht über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs zwischen Kantonen und Gemeinden und jenem über die Finanzlage der Gemeinden. Dabei waren insbesondere die steigenden Sozialkosten ein Thema, das mit einiger Sorge verfolgt wird. Finanzdirektor Köbi Frei blickte in die Zukunft. Allfällige Gemeindefusionen müssten sinnvollerweise immer zusammen mit dem Finanzausgleich und dem Steuersystem angeschaut werden. Es wäre fraglich, ob der Steuerwettbewerb mit nur noch drei Gemeinden in Ausserrhoden funktionieren würde. – Der Kantonsrat nahm auch Kenntnis vom Schlussbericht zum Regierungsprogramm 2012–2015 und zeigte sich dabei zufrieden mit dem Erreichten. Der Bericht vermittelt einen Überblick über das Gesamtprojekt, über die Zielsetzungen und die einzelnen Aktivitäten. – Die Teilrevision des Baugesetzes wurde in zweiter Lesung mit 60 Ja und einem Nein verabschiedet. Im Gesetz wurden die Beiträge an die Orts- und Regionalplanungen gestrichen. Hingegen kann der Kanton neu die Entwicklung von Gewerbe-, Industrie- und Wohnbau-



arealen in den Gemeinden unterstützen, sofern diese von kantonalem Interesse sind («Arealentwicklung»). Auch die Sanierung von Altbauten kann in Zukunft durch den Kanton oder die Gemeinden unterstützt werden; dies aber nur, wenn sie überwiegend Wohnzwecken dienen («Hausanalyse»).

Der Kantonsrat hiess an seiner Sitzung vom 28. November den Voranschlag 2017 gut und stockte dabei den Beitrag an den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) um 2,5 Mio. Franken auf. Diese Massnahme sorgte im Rat für Gesprächsstoff. Kritik gab es unter anderem an der fehlenden Transparenz. Deutlich weiter als der Regierungsrat wollte Hans-Anton Vogel, FDP, Bühler, gehen, der beruflich als Hausarzt tätig ist. Er beantragte einen zusätzlichen kantonalen Beitrag an den SVAR von 8 Mio. Franken. Finanzdirektor Köbi Frei wehrte sich gegen den Vorstoss. Dafür müsste der Steuerfuss um 0,2 Einheiten angehoben werden. Der Kantonsrat lehnte die Beitragserhöhung mit deutlichem Mehr ab. Der Voranschlag 2017 wurde mit einem Ertragsüberschuss von rund 14,8 Mio. Franken verabschiedet. Der Steuerfuss blieb bei 3,2 Einheiten. Der Rat nahm zudem Kenntnis vom Finanzplan 2018–2020 und dem Investitionsplan 2018–2022. Mehrere Fraktionssprecher zeigten sich besorgt darüber, dass der Kanton ab 2018 wieder Aufwandüberschüsse beim operativen Ergebnis erwarte. Kritik gab es zudem an den budgetierten Kostensteigerungen im Bereich Gesundheit. – Der Kantonsrat genehmigte im Rahmen des Voranschlages 2017 den Globalkredit für die Kan-

tonsschule Trogen und das Globalbudget mit Leistungsauftrag der Strafanstalt Gmünden. Für die Kantonsschule sind 2017 rund 14 Mio. Franken veranschlagt. Grundlage dafür ist die Leistungsvereinbarung 2014–2017 zwischen dem Kanton und der Kantonsschule. Sorgen bereitete Regierungsrat Alfred Stricker insbesondere die am unteren Limit kritische Grösse der Wirtschaftsmittelschule. Das Globalbudget 2017 für die Strafanstalt Gmünden sieht einen Finanzüberschuss von rund 694 000 Franken vor. Dafür ist eine Auslastung von 100 Prozent notwendig. Ein Gewinn sei allerdings nicht das Hauptziel, sagte Regierungsrat Paul Signer.

Staatsrechnung 2016

Das Gesamtergebnis der Staatsrechnung 2016 weist ein Defizit von 4 Mio. Franken aus, was einem um 14,7 Mio. schlechteren Ergebnis ent-

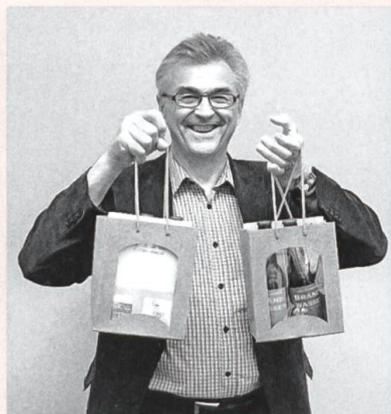
Abbildungen

Die Abbildungen stammen aus dem Archiv der Appenzeller Zeitung (APZ).

- 1 Staatsarchivar Peter Witschi wurde in die Pension verabschiedet.
- 2 Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl kündigte auf Ende Mai 2017 ihren Rücktritt an.
- 3 Im Kantonsrat wurden 2016 insgesamt 63 Sachgeschäfte behandelt.
- 4 Landammann Matthias Weishaupt stand im Zusammenhang mit den Problemen rund um den Spitalverbund des Öftern im Rampenlicht.
- 5 Peter Gut, pu, Walzenhausen, präsidierte den Kantonsrat im Amtsjahr 2015/16.



6



7



8

spricht als budgetiert. Mehrkosten bei den Prämienvorbilligungen zur Krankenversicherung, bei der Spitalfinanzierung und bei der höheren Berufsbildung sowie Mindereinnahmen bei den Staatssteuern, den Vermögenserträgen und den Bussen der Kantonspolizei sind Gründe für das schlechte Ergebnis. Das operative Ergebnis schloss mit einem Aufwandüberschuss von 19 Mio. Franken. Budgetiert waren 4,4 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen lagen mit 24,2 Mio. Franken um 3,1 Mio. Franken tiefer als veranschlagt. Konnte in den Vorjahren der Voranschlag noch recht genau eingehalten werden, fielen in der Rechnung 2016 die Abweichungen vom Budget gravierender aus. Einerseits wurden beim operativen Ertrag 2,3 Mio. Franken weniger eingenommen. Andererseits fielen beim operativen Aufwand Mehrausgaben von 12,3 Mio. Franken an.

Bei den Staatssteuern war gegenüber dem Voranschlag ein Minderertrag von gesamthaft 2,8 Mio. Franken zu verzeichnen. Mit Einnahmen in der Höhe von 134,8 Mio. Franken wurde das Budget bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen um 1,4 Mio. Franken verfehlt. Bei den Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen lagen die Einnahmen von 12 Mio. gegenüber dem Voranschlag um 1,6 Mio. Franken tiefer. Der gesamte Personalaufwand fiel mit 91,6 Mio. Franken um 0,7 Mio. Franken höher aus als budgetiert; im Vergleich mit dem Jahr 2015 entspricht dies einer Steigerung von 1,6 Prozent. Dagegen fiel der Sachaufwand mit 49,7 Mio. Franken im Vergleich mit dem Voranschlag um 0,8 Mio.

Franken tiefer aus. Erwähnenswert sind die Mehrkosten bei der Verbilligung der Krankenversicherungsprämien (5,6 Mio.) und der Spitalfinanzierung (3,6 Mio.). Positiv auf das Ergebnis wirkten sich dagegen die tieferen Beiträge an die Ergänzungsleistungen (0,5 Mio.) und der höhere Ertrag aus den Motorfahrzeugsteuern (0,5 Mio.) aus.

Im Jahr 2016 investierte der Kanton gesamthaft 38,3 Mio. Franken. Den Bruttoinvestitionen stehen Einnahmen von 14,1 Mio. Franken gegenüber. Die Nettoinvestitionen lagen mit 24,2 Mio. Franken um 3,1 Mio. Franken tiefer als veranschlagt. Zu den wichtigsten Investitionsprojekten im Kanton gehörten der Strassen- und Wasserbau, die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen, die neue IT-Lösung der kantonalen Steuerverwaltung sowie der Umbau und Ausbau des Konvikts der Kantonschule Trogen.

Mit diesem Ergebnis reduzierte sich der Bilanzüberschuss Ende 2016 um rund 4 Mio. Franken auf 21,2 Mio. Franken. Die Nettoverschuldung stieg gegenüber dem Vorjahr um 459 Franken auf 1836 Franken pro Einwohnerin und Einwohner an.

Volkswirtschaft

Die lange ungeklärte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, aber auch die Brexit-Abstimmung in Grossbritannien und die Präsidentenwahl in den USA brachten der Wirtschaft neue Unsicherheiten. Im Arbeitsmarkt widerspiegelte sich dies in einer allgemeinen Zunahme der Arbeitslosigkeit, welche



9



10

auch Appenzell Ausserrhoden betraf. Im Jahresdurchschnitt waren 952 Personen zur Stellensuche eingeschrieben, 24 mehr als im Vorjahr. Um eine noch höhere Arbeitslosigkeit zu vermeiden, hat die kantonale Arbeitslosenkasse (ALK) mit 1,25 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr rund die doppelte Summe für Kurzarbeitsentschädigungen ausbezahlt. Es konnten damit 117 Arbeitsverhältnisse erhalten werden, die aus wirtschaftlichen Gründen unmittelbar gefährdet waren.

Standortförderung. Der Standortwettbewerb hat sich auch 2016 weiter verschärft. Deshalb haben sich die Zusammenarbeit und der gemeinsame Auftritt in der internationalen Standortpromotion – mit den Ostschweizer Kantonen St. Gallen, Thurgau und Appenzell Innerrhoden als «St. GallenBodenseeArea» – für Appenzell Ausserrhoden im Sinne des Regierungsprogramms 2016–2019 bewährt. Zusammenarbeit und gemeinsamer Auftritt sind weiter ausgebaut worden. Dies trägt zur Wahrnehmung von Appenzell Ausserrhoden bei und eröffnet Möglichkeiten, die im Alleingang nicht zu realisieren wären. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Verein «Startfeld», der die Förderung von Innovationen und Jungunternehmertum in der Ostschweiz zum Ziel hat, konnte verlängert werden. Zudem zeigte sich bei den regelmässig durchgeführten Firmenbesuchen, dass der Fachkräftemangel weiterhin ein wichtiges Thema ist. Zur Netzwerkpflge wurden verschiedene Veranstaltungen wie der stets gut besuchte Anlass «Beste Köpfe» oder –

zusammen mit der Steuerverwaltung – verschiedene Mittagsveranstaltungen mit regionalen Mittlern und Treuhändern organisiert.

Landwirtschaft. Der Winter 2016 war der zweitwärmste seit Messbeginn in den 1880er Jahren. Im April herrschten frühlingshafte Temperaturen, darauf folgten Schneefälle bis in tiefe Lagen und zum Monatsende gab es Frostnächte. Die kurzen Schönwetterphasen im Mai ermöglichten einen frühen Heubeginn. Hingegen war der Juni viel zu nass mit drei sommerlichen Tagen. In höheren Lagen konnte das Heu deshalb erst Ende Juni fertig geerntet werden, was sich negativ auf die Qualität auswirkte. Der Sommer war «wäxsig». September und Oktober kompensierten den zu nassen Frühling mit viel Sonne, und das Vieh genoss den Weidegang. – Der Schweinepreis stieg im Som-

Abbildungen

6 Das revidierte Personalgesetz sieht fünf Tage Vaterschaftsurlaub für kantonale Angestellte vor.

7 Jubiläumsaktivitäten und die Pensionierung von Direktor Ernst Bischofberger prägten das 175. Geschäftsjahr der Assekuranz AR.

8 Die Zukunft des Spitals Heiden bewegte die Öffentlichkeit stark.

9 Wegen Einsprachen der Anwohnerinnen und Anwohner konnten im «Sonneblick» in Walzenhausen noch keine Flüchtlinge einquartiert werden.

10 Die Arbeiten im Ruckhalde-Tunnel, einem Kernstück der Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen auf der Strecke St. Gallen-Teufen, kamen planmässig voran.

mer während sechs Wochen auf den Jahreshöchstpreis. Trotz guter Marktsituation konnte kein weiterer Preisaufschlag erzielt werden. Als Folge des anhaltend tiefen Milchpreises gingen die Milchviehbestände weiter zurück. Im Frühjahr sank der Kalbfleischpreis und blieb auch im Sommer unter dem Durchschnittsertrag von 2015. Den Kälbermästern fehlten wegen des knappen Angebots die Tränkekälber, was einen höheren Einkaufspreis zur Folge hatte. Die steigenden Milcheinlieferungen zu Jahresbeginn verunmöglichten eine Preiserholung. Der Richtpreis pro Kilo A-Milch wurde um drei Rappen gesenkt. Erst ab Mai verbesserten sich die Aussichten. Die Milcheinlieferungen entwickelten sich rückläufig. Die Preisdifferenz zum Ausland blieb jedoch trotz der tiefen Schweizer Milchpreise hoch. – Insgesamt wurden an 617 (Vorjahr 619) Landwirtschaftsbetriebe 34,519 Mio. Franken an Direktzahlungen ausgerichtet. Der Übergangsbeitrag reduzierte sich gegenüber 2015 um 189 000 Franken auf 2,366 Mio. Franken. Die Landschaftsqualitäts- und die Vernetzungsbeiträge stiegen um zwei Prozent auf 2,118 Mio. Franken, die Zahl der Betriebe im Landschaftsqualitätsprogramm um neun auf 439 Betriebe.

Inneres und Sicherheit

Im Departement Inneres und Sicherheit waren im Jahresverlauf vier Amtsleitungen neu zu besetzen. Ende Juni wurde Kurt Ulmann als Direktor der Gefängnisse Gmünden durch Alexandra Horvath abgelöst, im Juli folgte bei der Assekuranz AR Jürg Solèr auf Ernst Bischofberger (Abb. 7), im September löste Andreas Vetsch Peter Hafner als Leiter des Strassenverkehrsamts ab, und im Dezember folgte auf Hans Saxer als Leiter des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz Marc Rüdin. – Verschiedene Gesetzesvorlagen sind unterschiedlich weit fortgeschritten: Während sich das Polizeigesetz immer noch in der Vorprüfung befindet, konnte das Registergesetz zuhanden des Kantonsrats verabschiedet werden, und die Revision des Immobiliarsachenrechts wurde vom Kantonsrat in erster Lesung verabschiedet. – Die Zahl

der Neueingänge bei Strafverfahren gegen bekannte Straftäter ist um etwas mehr als ein Prozent gestiegen. So wurden 4100 neue Verfahren registriert, davon 3640 neue Strafuntersuchungen (Vorjahr 3564). Bezüglich der Art der Delikte ist keine Tendenz erkennbar, auch wenn die Gewaltdelikte leicht ab- und die Drogendelikte minim zugenommen haben. Auffällig ist jedoch, dass die Verfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität nicht nur zugenommen haben, sondern die Ermittlungen auch aufwändiger wurden. Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge auf 172 Verfahren leicht zurückgegangen (Vorjahr 186), wobei der Ermittlungs- und Betreuungsaufwand praktisch gleichblieb. Bei den Delikten, die Jugendliche verüben, handelte es sich meistens um Bagatelldelikte. Doch blieb die Zahl jener Delinquenten, die einer zusätzlichen Abklärung und Betreuung bedürfen, unverändert hoch.

Gerichtswesen. Beim Obergericht sanken 2016 die Eingänge bei den Zivilprozessen nach einer starken Zunahme im Vorjahr (17) auf 9; bei den Strafprozessen verharrten sie mit 39 neuen Fällen auf dem Vorjahresniveau. Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes gab es 15 (15) Neueingänge. Bei den verwaltungsrechtlichen Abteilungen wurden im Berichtsjahr 107 (90) neue Verfahren registriert. Die Einzelrichter des Obergerichts hatten im Bereich Zivil- und Strafrecht insgesamt 84 (79) Neueingänge zu verzeichnen; damit wurde das hohe Niveau früherer Jahre wieder erreicht. Im verwaltungsrechtlichen Bereich waren nach einem Tiefststand im Vorjahr (66) neu 80 Verfahren eingegangen. – Die Neueingänge bei den Zivilabteilungen des Kantonsgerichts sind mit 145 gegenüber dem Vorjahr (167) um 15 Prozent zurückgegangen. Ebenfalls abgenommen hat mit 68 (76) Neueingängen die Zahl der Strafprozesse. Beim Jugendgericht ging im Berichtsjahr 1 (2) neues Verfahren ein. Bei den einzelrichterlichen Zivilfällen war mit 1086 Neueingängen gegenüber 1205 im Vorjahr ein Rückgang von zehn Prozent zu verzeichnen. Im Berichtsjahr erledigten die Abteilungen 140 Zi-

vil- sowie 9 Strafverfahren und die Einzelrichterin und die Einzelrichter 1102 zivil- und 56 strafrechtliche Verfahren. – Bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs blieb die Geschäftslast mit neun Neuzugängen praktisch konstant. Bei den Betreibungsämtern erreichten die Eingänge bei den Zahlungsbeehlen mit 13 171 einen Höchststand. Bei den Konkursamtszweigstellen waren im Berichtsjahr 119 (Vorjahr 89) neue Konkurse eingegangen, was einer Zunahme von rund 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. – Die Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht wurde im Berichtsjahr in 101 (105) Fällen angerufen. Bei der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben waren 2016 wiederum keine Neueingänge zu verzeichnen. Mit 252 (221) neuen Begehren war bei den Vermittlerämtern im Berichtsjahr wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die Erfolgsquote in den drei Vermittleramtskreisen lag bei 65 Prozent.

Strafanstalt Gmünden. Die Auslastung im offenen Vollzug in der Strafanstalt Gmünden lag 2016 bei 90,66 Prozent. Im zweiten Halbjahr war während rund vier Monaten ein starker Rückgang bei den Einweisungen zu verzeichnen. Auch im kantonalen Gefängnis ging die Belegung deutlich zurück. Dies war vor allem auf die Abnahme bei der Ausschaffungs- und Untersuchungshaft zurückzuführen. Die Nachfrage der Einweisungskantone nach Plätzen im geschlossenen Vollzug nahm nicht ab. Wegen der hohen Auslastung konnten die Ertragsvorgaben – im ersten Jahr des Globalkredits mit Leistungsauftrag – nicht eingehalten werden. Die vier zusätzlichen Zellen im Spezialvollzug mussten baulich an den erhöhten Sicherheitsstandard angepasst werden und konnten deshalb nicht belegt werden. Die Einweisenden begrüßten zwar die Erweiterung des Angebots an Plätzen, die den Übergang zwischen dem geschlossenen und dem offenen Vollzug erleichtert. Sie waren aber oft nicht gewillt, den Preiszuschlag zu bezahlen. Die Auftragslage in den Werkstätten hat sich weiter verschlechtert;

die Budgetvorgaben wurden nicht erreicht. Einige Aufträge konnten zudem auf Grund ihrer Komplexität nicht angenommen werden. Viele Gefangene sind gesundheitsbedingt oder ausbildungsmässig nicht in der Lage, schwierigere Arbeiten auf konstant hohem Niveau auszuführen. Die Prozesse bei der Medikamentenabgabe wurden weiter optimiert; den Aspekten der Sicherheit kam dabei erhöhte Aufmerksamkeit zu.

Kriminalstatistik. Appenzell Ausserrhoden ist im Bereich der Kriminalität im gesamtschweizerischen Vergleich weiterhin ein sicherer Kanton. Die Gesamtzahl der Straftaten nach StGB liegt für das Jahr 2016 bei 1725 (Vorjahr 1960), was einem Rückgang von 12 Prozent entspricht. 39 Prozent (38,3) der Straftaten waren Vermögensdelikte, 15 Prozent (13,9) Delikte gegen die Freiheit, 4,8 Prozent (6,2) Delikte gegen Leib und Leben, 1,3 Prozent (1,2) Delikte gegen die sexuelle Integrität, 17,4 Prozent (17,5) Delikte gegen die öffentliche Gewalt und 22,6 Prozent (22,9) übrige Straftaten. Die Aufklärungsquote aller Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB) liegt bei 64,5 Prozent (62,1). Es musste weder ein vollendetes noch ein versuchtes Tötungsdelikt verzeichnet werden. Ebenso wurde keine schwere Körperverletzung angezeigt. Die Zahl der Anzeigen wegen einfacher Körperverletzung stieg mit 13 (12) leicht an. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Integrität weist die Statistik eine leichte Abnahme auf 23 Delikte (24) aus. Erfreulich ist bei diesen Fällen die hohe Aufklärungsquote von 95,7 Prozent. Die Straftaten gegen das Vermögen haben mit 672 (750) Straftaten erneut deutlich abgenommen. Dabei blieb die Zahl der Diebstähle (ohne Fahrzeuge) praktisch konstant. Hingegen ist bei Raubdelikten ein Rückgang um 40 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der Einbruchdiebstähle nahm von 83 im Vorjahr auf 70 ab; 14,3 Prozent der Einbruchdiebstähle konnten aufgeklärt werden. Die Zahl der registrierten Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz beträgt 170 (255) und liegt somit um rund einen Drittel tiefer als im Vorjahr.

Unfallstatistik. Fehlverhalten und Überschätzung des eigenen fahrerischen Könnens sind die häufigsten Ursachen für Verkehrsunfälle im Kanton Appenzell Ausserrhoden. Im Jahr 2016 wurden durch die Kantonspolizei 382 Verkehrsunfälle aufgenommen. Im Vorjahr waren es mit total 380 Unfällen minimal weniger. Die häufigste Ursache für Verkehrsunfälle ist nach wie vor das Nichtanpassen der Geschwindigkeit. Erfreulich ist, dass 2016 keine Person in Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall auf Ausserrhoder Strassen ihr Leben lassen musste. Die Anzahl schwerverletzter Personen ist jedoch gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Gab es 2015 noch 15 Schwerverletzte, wurden im Berichtsjahr 28 Personen schwer verletzt. Die Zahl der Schwerverletzten bei den Motorradfahrern verdoppelte sich dabei auf zwölf. Mit total 113 Unfällen führen die Verkehrsteilnehmer im Alter von 20 bis 29 Jahren die Liste an. Die 30- bis 60-jährigen Verkehrsteilnehmer sind für 231 Unfälle verantwortlich, wobei sich diese mehr oder weniger gleichmässig auf diese Altersspanne verteilen. Aus der Statistik geht ausserdem hervor, dass sich 2016 total 20 Radfahrerunfälle ereigneten, welche polizeilich bearbeitet werden mussten. Das sind sieben Unfälle mehr als im Vorjahr. Zu diesen 20 Unfällen kam es in 40 Prozent der Fälle mit Mountainbikes, je 30 Prozent der Unfälle geschahen mit Fahrrädern und E-Bikes. Insgesamt musste die Kantonspolizei Appenzell Ausserrhoden 2016 zu 55 (52) Verkehrsunfällen mit Wildtieren ausrücken. Dabei waren total 41 Rehe, sieben Dachse, vier Füchse und drei Hirsche beteiligt.

Bauen und Umwelt

Nachdem der Regierungsrat beschlossen hatte, den ursprünglichen Entwurf für eine Teilrevision des Baugesetzes zurückzuziehen, wurde dieser 2016 neu aufgegleist. Dieser Schritt wurde auch von den Gemeinden, Parteien, Verbänden und Beteiligten mehrheitlich als richtig befunden. Denn die Zusammenhänge zwischen der Baugesetzrevision, der laufenden Richtplannachführung sowie der Regelung

zum Mehrwertausgleich erfordern eine gesamthafte Beurteilung. Zwei wichtige Vorlagen wurden in die Vernehmlassung geschickt: Mit dem Konzept öffentlicher Regionalverkehr 2018–2022 werden die Weichen für die Weiterentwicklung des ÖV-Angebots bis 2022 gestellt. Die vielen Eingaben zeigen die hohe Identifikation mit dem öffentlichen Regionalverkehr. Das Energiekonzept 2017–2025 bildet den Rahmen für zukünftige energiepolitische Massnahmen. Ziel ist es, den Energieverbrauch im Kanton in den nächsten Jahren deutlich zu senken.

Tiefbau. Im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat das Tiefbauamt im Berichtsjahr neu die Aufsicht über die Fuss- und Wanderwege übernommen, gleichzeitig aber die Wassernutzung sowie die Vermessung und Geoinformation an das neugeschaffene Amt für Raum und Wald abgegeben. Viel Arbeit brachte das Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee 2019–2022. Es enthält die Herisauer Grossprojekte «Bahnhofareal» und «Umbau Schwänlikreuzung». Zu Diskussionen, auch auf politischer Ebene, führte das geplante Verkehrsmanagement für den Verkehrsraum rund um die Stadt St. Gallen. – Beim Kantonsstrassennetz wurden die geplanten Vorhaben mehrheitlich umgesetzt. Dank des milden und schneearmen Spätherbstes konnte bis kurz vor Weihnachten gearbeitet werden. Hervorzuheben sind die Fertigstellung der neuen Steblenbachbrücke in Waldstatt und der Abschluss des Ausbaus der Mittellandstrasse auf dem Gemeindegebiet von Wald. – Viel Arbeit verursachten die Vorhaben der Appenzeller Bahnen. Zu der nur stockend vorankommenden Sanierung der Bahnübergänge kamen die behindertengerechten Umbauten der Haltestellen entlang der Kantonsstrasse, die Arealentwicklungen Bahnhof Herisau und Gais, die Neuauflage des Teilprojektes Verlängerung Kreuzungsstelle Lustmühle und die baulichen Vorhaben im Ortskern von Teufen.

Umwelt. Im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat das Amt für Umwelt (AfU) im Berichtsjahr die Fischereiverwaltung übernommen. Zur Vorbereitung der Neuausschreibung der Fischereireviere per Januar 2017 sind die 26 Reviere erstmalig umfassend aufgenommen und nach einheitlichen Kriterien bewertet worden. – Das erste Jahr der Zusammenarbeit der beiden Pikettdienste der Kantone Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen an Wochenenden und Feiertagen verlief gut. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 31 Schadenfallmeldungen ein. Bei 24 Fällen konnte der Pikettdienst eingreifen. Wie im Vorjahr kam es in drei Fällen zu einem Fischsterben. In einem Fall starben 60 Bachforellen wegen eines Chemikalieneintrags in ein Gewässer. – 2016 war die Luftqualität in der Ostschweiz so gut wie noch nie seit Messbeginn. Dies trifft vor allem auch auf die Belastung durch Feinstaub zu. Keine nennenswerte Verringerung wurde bei den Ammoniak-Immissionen beobachtet, die vor allem durch die Landwirtschaft entstehen. Hier besteht Handlungsbedarf. Massnahmen, die auch für die Rindviehhaltung im Kanton von Bedeutung sind, werden zurzeit auf Bundesebene intensiv diskutiert. – Die Nutzung der Mobilfunkdienste nimmt weiter zu. Entsprechend werden die Mobilfunknetze laufend modernisiert und ausgebaut. Das AfU überprüft periodisch die Einhaltung der bewilligten Anlagedaten und Bestimmungen durch die Mobilfunkbetreiber.

Gesundheit und Soziales

Seit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2016 sind die Bereiche Gesundheit und Soziales unter einem Dach vereint. Angesichts von zusätzlichen Aufgaben, Umzügen und personellen Wechseln mussten Prioritäten gesetzt und verschiedene Geschäfte pendent gehalten oder verschoben werden. – Schwerpunkte der vielfältigen Aufgaben bildeten die Diskussionen um den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) bzw. die unerfreuliche finanzielle Situation im Spital Heiden und dessen Zukunft sowie die örtliche Opposi-

tion gegen das geplante kantonale Asyldurchgangszentrum «Sonnenblick» in Walzenhausen. – Der «Gesundheitsbericht Appenzell Ausserrhoden 2016» richtet den Fokus auf die nationale Ebene und macht deutlich, dass die Gesundheits- und Sozialpolitik eng miteinander verknüpft sind. Im Weiteren wurde im Bericht festgestellt, dass zahlreiche Aktivitäten des Bundes auch für Appenzell Ausserrhoden einen Zuwachs an Aufgaben und Kosten bedeuten. – Im Jahr 2016 hat die Lungenliga Appenzell Ausserrhoden ihre Aufgaben an die Lungenliga St. Gallen übertragen.

Spitalverbund. Der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) stand das ganze Jahr über im Fokus der Aufmerksamkeit. Die sich wiederholenden Defizite und die Diskussionen um eine neue Strategie für das Spital Heiden forderten die Verantwortlichen in verschiedenster Hinsicht. Neben den Gesprächen zwischen Regierung und Verwaltungsrat waren zahlreiche Treffen mit Delegationen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung des SVAR notwendig. Die Kommunikation zur Finanzsituation und Strategie des SVAR wurde von politischer Seite ebenso kritisiert wie von der Öffentlichkeit. Trotz zahlreicher Stellungnahmen des Regierungsrates, des Departements und des Spitalverbunds konnte der Öffentlichkeit nicht klar genug dargelegt werden, wer – unter Beachtung der festgeschriebenen Rollenteilung – für welche Aufgaben zuständig ist. Immer wieder galt es zu erklären, wer für die Aufsicht, die Strategie und die SVAR-Leitung zuständig ist und dass der Regierungsrat nicht in die Strategieentscheide und das Tagesgeschäft eingreifen kann. Der Regierungsrat beauftragte das Departement mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe «Weiterentwicklung SVAR», die insbesondere die finanzielle Abgeltung zwischen Kanton und Spitalverbund zu klären hatte. Die Diskussionen führten auch zu personellen Veränderungen auf verschiedenen Stufen. So löste Anfang Jahr Regierungsrat Paul Signer seinen Regierungskollegen Köbi Frei im SVAR-Verwaltungsrat ab. Ende Juni verliess

CEO Jürg Nyfeler den Spitalverbund, interimistisch übernahm André Steiner dessen Funktion. Anfang Dezember wählte der Verwaltungsrat dann Paola Giuliani als neue CEO des Spitalverbunds.

Nachdem der Spitalverbund bereits das Vorjahr mit einem Defizit abgeschlossen hatte, zeigte auch die Rechnung 2016 ein Defizit von knapp 9 Mio. Franken. Gründe dafür waren Auswirkungen der KVG-Revision, die Spitalfinanzierung sowie das Arbeitsgesetz zusammen mit dem veränderten Verhalten der Patientinnen und Patienten. Das Spital Heiden verursachte fast die Hälfte des Verlustes des Spitalverbunds, davon 60 Prozent in der Chirurgie, wo die Patientenzahlen eingebrochen waren (Abb. 8). Die Frequenzen gingen 2016 aber auch im Spital Herisau zurück. Kostenreduktion und Ertragsoptimierungen in Heiden blieben zudem ohne grossen Einfluss. Eine Weiterführung der stationären Chirurgie im Spital Heiden war darum nicht weiter vertretbar. Die Kooperation mit der Hirslanden Klinik Am Rosenberg Heiden sollte es ermöglichen, die wohnortnahen Sprechstunden weiterzuführen und die chirurgischen Wahleingriffe im Spital Herisau oder in der Klinik Am Rosenberg durchzuführen.

Asylwesen. Das Jahr 2016 war wegen der Zunahme der Asylgesuche geprägt von der Umsetzung der Massnahmen zur Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten in einem neuen kantonalen Durchgangszentrum. Bei der Suche nach Objekten kam es zum Kontakt mit der Stiftung «Sonneblick» in Walzenhausen als Eigentümerin der gleichnamigen Liegenschaft. Mitte Jahr schloss der Regierungsrat einen Mietvertrag mit der Stiftung über zehn Jahre für eine ordentliche Belegung mit 80 Personen ab. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wurde mit dem Kanton St. Gallen vereinbart, die bisher in der «Landegg» bewährte Zusammenarbeit fortzusetzen, indem der «Sonneblick» durch den Kanton St. Gallen geführt wird und ihm im Gegenzug ein Drittel der 80 Plätze zur Verfügung steht. Der Zeitpunkt

der Eröffnung des neuen Durchgangszentrums blieb offen: Er hängt vom Ausgang der Einsprachen gegen die Baueingabe ab (Abb. 9). – Die Zunahme der Asylgesuche betraf nicht nur diejenigen der erwachsenen Personen. Es flüchteten vermehrt auch unbegleitete Kinder und unbegleitete minderjährige Jugendliche. Diese haben aufgrund ihres Alters sowie des Umstands, dass sie ohne Sorgeberechtigte in der Schweiz im Asylprozess stehen, besondere Schutzbedürfnisse. Deshalb wurde die Umsetzung eines entsprechenden Unterbringungskonzepts vorangetrieben, und es konnten zwei Partner gefunden werden: Die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi in Trogen, die zwei ungenutzte Häuser vermietet, und der Verein tipiti, der die Betreuung und Begleitung der Jugendlichen übernommen hat.

Bildung

Nach der Reorganisation war 2016 das erste Jahr des neu vereinigten Departements Bildung und Kultur. Im Zuge der Reorganisation bezog das Amt für Kultur neue Räumlichkeiten in Trogen. Helga Horisberger hat Anfang Dezember die Leitung des Departementssekretariats von Christian Aegerter übernommen. Mit Walter Klauser, Leiter Amt für Volksschule und Sport, ging eine langjährige Führungsperson in Pension; seine Nachfolge hat Dominik Schleich angetreten. – Anfang 2016 besuchten 5536 Lernende (Vorjahr 5542) die Ausserrhoder Volksschule. Der Rückgang fiel mit minus 0,1 Prozent deutlich weniger stark aus als im Vorjahr. Im Kindergarten nahm die Zahl der Lernenden um 34 auf 1067 zu, in der Primarschule um 29 auf 2971. Auf der Sekundarstufe war der Rückgang der Lernenden um 69 auf 1498 noch immer deutlich. – Eine Sonderschule besuchten 116 Lernende (102). Von verstärkten Massnahmen in Regelklassen profitierten 37 Lernende (38). 38 Lernende (42) absolvierten die Volksschule in Form des häuslichen Unterrichts. – Die Planung der Einführung des neuen Lehrplans per 1. August 2017 konnte weitgehend abgeschlossen werden. Erste Umsetzungsaktivitäten wurden erfolgreich durchgeführt. Wei-

tere Weiterbildungskurse werden folgen. Der neue Lehrplan formuliert die zu erreichenden Kompetenzen (bisher: Lernziele). Als erster Kanton regelte Ausserrhoden die kompetenzorientierte Beurteilungspraxis und fasste die Grundlagen in einer Broschüre zusammen.

Berufsbildung. Die Anzahl der neuen Lehrverträge ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Im Jahr 2016 wurden 544 neue Lehrverträge genehmigt (531). Der Gesamtbestand an Lehrverträgen ist leicht rückläufig und betrug 1358 (1400). Davon entfallen 1252 auf die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis EFZ (1296) und 106 (103) auf das eidgenössische Berufsattest EBA. Es wurden 501 Qualifikationsverfahren (464) durchgeführt. 424 (390) Kandidatinnen und Kandidaten haben das EFZ erhalten, das EBA 52 (50). Insgesamt bestanden 476 (440) Lernende die Prüfung. Die Durchfallquote lag bei fünf Prozent (4,9 Prozent). Die Zahl der Lehrvertragsauflösungen ging von 105 auf 103 zurück. Damit lagen die Lehrvertragsauflösungen mit 7,58 Prozent im mehrjährigen Durchschnitt.

Kantonsschule. Im Juni wurde 61 Kandidatinnen und 45 Kandidaten von insgesamt 107 Maturandinnen und Maturanden das gymnasiale Maturazeugnis überreicht. Die Erfolgsquote lag im Gymnasium bei 99 Prozent. In der Berufsfachschule Wirtschaft haben sieben Lernende das Qualifikationsverfahren ganz oder teilweise bestanden. Vier Lernende hatten keinen Erfolg. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte an elf Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden. 22 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises. Die Schule händigte zudem sieben Fachmaturitätsausweise Gesundheit, sieben Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und 13 Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus. – Beim Start zum Schuljahr 2016/17 verzeichnete die Kantonsschule Trogen insgesamt 585 Lernende (Gymnasium 341,

Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität 36, Fachmittelschule und Fachmaturität 89, Sekundarschule 119). Im Vergleich zum Schuljahr 2015/16 wurden insgesamt 57 Lernende weniger unterrichtet. Der Rückgang in der Berufsfachschule Wirtschaft führte dazu, dass auf das Schuljahr 2017/18 keine 1. Klasse mehr angeboten wird. – Als Folge des Rückgangs der Schülerzahlen an der Sekundarschule, aber auch aus grundsätzlichen Überlegungen, entschieden die zuständige Kommission der Trägergemeinden und der Kantonsschule zusammen mit den Gemeinderäten, auf Beginn des Schuljahres 2018/19 einen Modellwechsel vorzunehmen: Die Sekundarschule Trogen, Wald, Rehetobel wird vom heutigen kooperativen Modell zum integrierten Modell mit heterogenen Stammklassen und Niveauunterricht in den Fächern Mathematik, Französisch und Englisch wechseln.

Berufsbildungszentrum. Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum Herisau (BBZ) stieg im Schuljahr 2016/17 auf 1005 an (Vorjahr 979). Nach der Abwägung aller Vor- und Nachteile entschied sich die Schulleitung des BBZ zusammen mit dem Departement Bildung und Kultur gegen eine Führung der Schule mittels Globalkredit. Eine Aufgaben- und Finanzplanung soll den normalen Budgetierungsprozess ab 2018 ablösen. Die zwölf Laufbahnqualifikationen (LBQ) mit Lehrenden verliefen alle erfolgreich. Eine Befragung der Lehrenden zeigte, dass der Aufwand/Nutzen der LBQ verbessert werden kann. – Nach dem Schuljahr 2015/16 hatten über 80 Prozent der Lernenden der Brücke AR eine Anschlusslösung. Im Sommer startete die Brücke AR mit fünf Klassen und im neuen Modell mit zwei Schultagen. Auch startete eine erste Integrationsklasse am BBZ mit 13 Lernenden während vier Schulhalbtagen mit Deutsch und allgemeinbildenden Fächern. Bereits ab Oktober wurde wegen der grossen Nachfrage eine zweite Klasse geführt. – Vermehrt weisen Lernende grosse sprachliche Defizite in Deutsch auf. Im Oktober startete ein Deutsch-Förderkurs mit 30 Lernenden in zwei

Klassen. Ziel ist es, eine erfolgreiche Ausbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) oder eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) zu unterstützen. Die wiederum grosse Anzahl Lernender und Klassen sowie die Bildung neuer Klassen und das neue Konzept der Brücke AR verschärfen das Raumproblem am BBZ zusätzlich. – Die Weiterbildungskurse am BBZ wurden per Ende März der Erwachsenenbildung AR GmbH übergeben. Das Angebot ist vergleichbar mit dem vorherigen Angebot. Die Kurse fanden nach wie vor in den Räumen des BBZ statt. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Anbieter verlief gut.

Kultur

Ende November wurde anlässlich der Kulturbegegnung des Amtes für Kultur im Kursaal Heiden das neue Kulturkonzept 2016–2019 der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin sind sieben Schwerpunkte formuliert, verbunden mit einer Auswertung der bisherigen Tätigkeit des Amtes für Kultur. – Bei der Kulturförderung war eine neue Höchstzahl an Gesuchen zu verzeichnen. Insgesamt wurden 209 Gesuche (Vorjahr 183) behandelt, davon erhielten 163 eine Unterstützung. Bei Förderbeiträgen von insgesamt 657 300 Franken ergab dies eine durchschnittliche Beitragssumme von 4032 Franken pro Gesuch. Daneben wurden 23 Institutionen mit jährlichen Betriebsbeiträgen in der Höhe von 1,029 Mio. Franken unterstützt. – Auch 2016 wurden drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben. Darin sind die geförderten Projekte aufgeführt. Die kantonale Denkmalpflege gab 206 Stellungnahmen zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen ab. Die Zahl der eingegangenen Beitragsgesuche überstieg mit 78 den Durchschnitt vergangener Jahre. Die Gesamtsumme der Kantonsbeiträge an Restaurierungs- und Renovationsprojekte belief sich auf 797 382 Franken. Die Denkmalpflege stellte einen markanten Anstieg der Zahl der Neubauvorhaben in Ortsbildschutzzonen fest. 15 derartige Projekte waren in Planung – zumeist Ersatzbauten für nicht renovationswürdige Häuser. – Die Kantonsbibliothek

konnte ihre Bestände unter anderem ergänzen durch die Übernahme des Nachlasses von Walther Georg Ehrbar (1884–1960), Grafiker und Maler, sowie der Abteilung «Namenkunde» von Stefan Sonderegger, Herisau, und eines zweiten Teils des Vorlasses von Stefan «Infra-steff» Signer. Seit der Einführung von «Jahrhundert der Zellweger» im Mai 2014 mit Ausstellungsräumen und Hörpfaden ist die Nachfrage nach kulturhistorischen Führungen in Trogen stark gestiegen. Während in früheren Jahren durchschnittlich 30 Führungen stattfanden, waren es 2014–2016 fast doppelt so viele. – Die Kulturlandsgemeinde Anfang Mai im Mehrzweckgebäude Stein versuchte während zwei Tagen unter dem Titel «wahr scheinlich fabelhaft» der Wahrheit auf die Spur zu kommen, diskutierte unter anderem die Frage, wie wirklich die Wirklichkeit ist und wie wahr erfundene Geschichten sein können. – Das gemeinsame Ausstellungsprojekt «iigfädlet» für das Jahr 2017 zum Thema Textil wurde weiterentwickelt: Fünf Ausserrhoder Museen (Urnäsch, Herisau, Stein, Teufen und Heiden) sowie drei aus dem Kanton St.Gallen arbeiteten eng zusammen.

Kulturstiftung. Auch im Jahr 2016 vergab die Ausserrhodische Kulturstiftung ihre Auszeichnungen. Drei Werkbeiträge gab es in der Sparte Musik: Für die Cellistin Lorena Dorizzi aus Speicher, den in Gais wohnhaften Kontrabassisten Patrick Kessler und den Schlagzeuger Timo Wild aus Wolfhalden. In der Bildenden Kunst wurden mit Francisco Sierra und David Berweger zwei Künstler gefördert, die bereits früher einen Werkbeitrag bekommen hatten, sowie der Newcomer Pablo Walser. Die beiden Artist-in-Residence-Stipendien vergab die Kulturstiftung an die Künstlerin Katrin Keller – sie reiste nach Island und untersuchte die dortigen vulkanischen Kräfte – sowie an die Tänzerin und Choreographin Gisa Frank. Sie forschte in Berlin der Tradition der Ballsäle nach.

Kirchliches

Gesellschaftliche und strukturelle Entwicklungen machen auch vor der Evangelischen Landeskirche beider Appenzell nicht Halt und zwingen dazu, die Folgen der Veränderungen zu diskutieren. Bei einem Drittel der Kirchgemeinden zeichneten sich Pfarrvakanz ab. Es gibt Kirchgemeinden, die sich dank ihrer Grösse, ihrer Lage, ihrer Finanzkraft einen Alleingang leisten könnten, andere Kirchgemeinden sind auf Kooperation angewiesen. Kleinstgemeinden künstlich am Leben zu erhalten, dürfte längerfristig keine Lösung sein. Mit der Lancierung des Reformprozesses 2014 gab der Kirchenrat einen Denkanstoss. Wie nicht anders zu erwarten, löste er damit mancherorts begeisterte und andernorts skeptische Reaktionen aus. – Im Auftrag der Synode überprüfte der Kirchenrat alle Ausgabenpositionen. Die Aufgaben und Dienste der Landeskirche wurden hinterfragt. Nicht nur Leistungsreduktionen wurden diskutiert, sondern auch der gezielte Um- oder Ausbau von diakonischen und seelsorgerischen Diensten. – Ausgehend von einer Motion der Kirchgemeinde Appenzell befasste sich eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Kirchenrats mit der Überarbeitung des Reglements Finanzausgleich (RFA). Leitgedanke war die Schaffung eines reinen Finanzausgleichs. Die nicht zum Finanzausgleich gehörenden Investitionsbeiträge und die Regelung der Pro-Kopf-Beiträge für kleine Kirchgemeinden wurden diskutiert. – Im Jahr 2016 kam es im Kirchenrat zu personellen Veränderungen. Iris Bruderer-Oswald wurde Kirchenrätin und folgte auf den zurücktretenden Josua Bötschi. Das neue Mitglied übernahm das Ressort Diakonie und Gesellschaft vom amtierenden Kirchenrat Thomas Gugger. Dieser übernahm neu die Finanzen, welche bisher Josua Bötschi verantwortet hatte.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Mit der Totalrevision des Tourismusgesetzes wurden 2016 die Weichen für die Zukunft von Appenzellerland Tourismus AG neu gestellt. Beobachtungen und Rückmel-

dungen der touristischen Leistungsträgerinnen und -träger zeigten positive Frequenzen im Tagestourismus. Das Interesse an den vielfältigen Freizeitangeboten zwischen Bodensee und Säntis ist erfreulich. Dank den Investitionen und dem positiven Start des neuen Hotelbetriebs auf der Schwägalp und dem Reka-Feriendorf Urnäsch war die Logiernächtestatistik im Berichtsjahr positiv. Mit der Schliessung des Swiss Dreams Hotel Walzenhausen erlitt die Hotellerie aber gleichzeitig einen Rückschlag. 2016 wurden in Appenzell Ausserrhoden 179781 Logiernächte registriert, davon rund 57000 im Reka-Feriendorf. Gesamthaft ergab sich bei den Logiernächten damit ein erfreulicher Zuwachs von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Positiv hatte sich auch der Verkauf von Gutscheinen entwickelt: mit einem Gesamtwert von rund 260000 Franken ergab sich eine Steigerung um 44 Prozent.

Appenzeller Bahnen. Die Anzahl Reisender blieb 2016 mit 5 Millionen beförderten Passagieren praktisch konstant. Trotzdem sank der Verkehrsertrag der Appenzeller Bahnen um rund fünf Prozent auf 11,285 Mio. Franken. Hauptursache dafür war ein geringerer Ertragsanteil aus dem Tarifverbund Ostwind. Diese geringeren Einnahmen einerseits und vor allem grössere Abschreibungen auf ältere Fahrzeuge und Anlagen andererseits führten letztlich zu einem negativen Jahresergebnis, das durch die Reserven ausgeglichen wird. Die umfassende Modernisierung der Appenzeller Bahnen nahm nach der intensiven Planungsphase des Ruckhalde-Tunnels und dem Spatenstich im April 2016 mittlerweile Fahrt auf (Abb. 10). Die Bauarbeiten am 700 Meter langen Tunnel befanden sich terminlich und finanziell auf Kurs, und der Tunneldurchstich sollte planmässig im August 2017 erfolgen. Im gleichen Zeitraum wurden neue Züge evaluiert. Es wurden fünf neue Gelenkzüge und elf Tango-Trams im Umfang von 130 Mio. Franken bestellt. Damit werden ab Frühsommer 2018 neue Züge auf den Linien Gossau-Appenzell-Wasserauen sowie auf Teilen der künftig

verbundenen Strecken von Trogen über St. Gallen nach Appenzell eingesetzt.

Säntis-Schwebebahn. Die Säntis-Schwebebahn AG, die im Dezember 2015 ihr neues Hotel auf der Schwägalp eingeweiht hatte, wies im Berichtsjahr ein Umsatzplus von 25 Prozent aus. Die Geschäftszahlen 2016 bestätigten den positiven Trend der letzten Jahre. Der Gesamtumsatz konnte um 3,5 auf 17,7 Mio. Franken gesteigert werden. Der Betriebsgewinn lag mit 2,5 Mio. Franken um 14 Prozent höher als im Vorjahr. Die Schwebebahn verzeichnete sowohl bei den Frequenzen als auch beim Umsatz eine Zunahme um vier Prozent. Sie transportierte 410974 Personen und damit 17100 mehr als 2015. Das Gasthaus auf der Passhöhe steigerte seinen Erlös um 20 Prozent. Im Merchandising wurde eine Ertragssteigerung von 31 Prozent verzeichnet. Das neue Gastronomie- und Hotelangebot auf der Schwägalp startete im ersten Betriebsjahr mit einem Umsatz von 6,7 Mio. Franken gut; die Zimmerauslastung lag bei 58 Prozent. Hingegen musste das Panorama-restaurant auf dem Säntis einen Rückgang um zwei Prozent verzeichnen. Dieser Rückgang wurde als Hinweis darauf verstanden, die Angebote auf dem Säntis zu überprüfen.

Dies und das

Verschiedenes. Die Assekuranz AR feierte 2016 das Jubiläum ihres 175-jährigen Bestehens mit verschiedenen Aktivitäten. Neben einer Jubiläumsschrift und einem grossen Jubiläumsabend mit Gästen fanden in allen 20 Gemeinden Auführungen von «Gschichte ond Gschichtli rond om Fүү, Wasser, Loft ond Erde» statt. Dazu kamen die «Tage des Feuers» an den Primarschulen in Ausserrhoden. «Gschichte ond Gschichtli rond om Fүү, Wasser, Loft ond Erde» war eine Produktion des Urnäser Schauspielers Philipp Langenegger und der Musiker Werner Alder und Maya Stieger. Die drei unterhielten das Publikum auf unterhaltsam-humoristische Art mit Reminiszenzen aus vergangenen Zeiten. – Kein Erfolg war dem Ausserrhoder Nationalrat David Zuberbühler (SVP) mit zwei Vorstössen

in Bern beschieden. So wollte er die Nationalratssitze nach einem neues Schlüssel verteilen: Demnach sollte nur noch jener Teil der Bevölkerung für die Berechnung massgebend sein, der auch stimmberechtigt ist. Damit hätte Ausserrhoden wieder zwei Sitze in der Grossen Kammer erhalten. Mit einem weiteren Vorstoss wollte David Zuberbühler für Ausserrhoden den Status eines Vollkantons erreichen. – Die Ausserrhoder SP hat eine Volksinitiative lanciert mit dem Ziel, die Steuerbelastung für Familien und Alleinstehende mit einem tiefen Einkommen zu senken. – Lichtblick für den Autobahnzubringer Herisau: Nachdem der Bundesbeschluss zur Schaffung eines Strassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds das Bundesparlament passiert hatte und im Februar 2017 einzig noch die eidgenössische Volksabstimmung bevorsteht, wird der Bund voraussichtlich Anfang 2020 Eigentümer der Hauptstrasse von Winkeln nach Appenzell. Damit rückt der sistierte Autobahnzubringer Herisau wieder näher.

Personelles. Bei drei Ausserrhoder Kantonalparteien gab es 2016 Wechsel an der Spitze: Bei der FDP übernahm Monika Bodenmann, Waldstatt, die Nachfolge des Co-Präsidiums mit Monica Sittaro-Hartmann und Willi Eugster. Bei der SVP ersetzte Anick Volger, Speicher, den abtretenden Präsidenten Edgar Bischof. Claudia Frischknecht, Herisau, löste bei der CVP Präsident Max Nadig an der Spitze ab. – Martin Meier übernahm vom abtretenden Heinz Jucker interimistisch das Präsidium des Appenzellischen Blasmusikverbands. – An der Spitze des Appenzeller Tierschutzvereins löste Christian Nufer den aus gesundheitlichen Gründen nach 14 Jahren zurücktretenden Matthias Leuthold ab. – Die Leserinnen und Leser der Appenzeller Zeitung wählten die Schwellbrunner Bäckerfrau Ida Steinmann zur Appenzellerin des Jahres. Diese hatte mit grossem persönlichen Einsatz Hilfsgüter für Kinder in ihrem Heimatland Kenia gesammelt.